

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Rieser.
Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Meissen, sowie des Gemeinderates Wittenberg.

Postkontor: Dresden 1539
Wilhelmsplatz Rieser Nr. 22.

Nr. 159.

Dienstag, 11. Juli 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 22.— Mark ohne Beierlohn. Einzelnummer 1.75 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 5.— Mark; getraubender und tabellarischer Satz 60%, Aufschlag. Nachzahlungs- und Belegungsfrist: Rieser. Schlußfrist: 1.10.22. Feste Preise. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Der Drucker, der Verleger oder der Beförderungsbevollmächtigte hat der Zeitung keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notstandsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. O. F. Teichgraber, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Uns fehlen dringlichst Poststellen für 4 Knaben: 1 1/2 Jahr, 8 Monate und an die Einwohner Rieser u. Umg. nun Erlöse hat. Es wird eine angemessene Entschädigung gezahlt. Der Rat der Stadt Rieser — Wohlfahrtsamt —, 11. 7. 22.

Die Mark-Katastrophe.

Der Dollar steigt und fällt. Noch ist es keine Woche her, da erschallt man, als die Mark gleich einem Wiener alter Währung stand. Unter beständigen Schwankungen fällt sie weiter. Der Dollarstand über 500 ist die Regel, plötzlich steigt er 500, dann geht er wieder auf 517 zurück, das sind Kurse von einem Tage. Dabei folgen die ausländischen Börsen den deutschen Notierungen. Der Fall der Mark geht also unbefreitbar diesmal von Deutschland aus und die Kopflosigkeit der Börse geht mit der innerpolitischen Verwirrung Hand in Hand: die Ungewissheit über die künftige Regierungsumbildung beginnt sich in verstärktem Maße geltend zu machen. Man hat kein Vertrauen auf Besserung durch Hinzunahme der USA, keine Hoffnung, daß eine Konsolidierung unter Einbeziehung der Deutschen Volkspartei möglich wäre, denn die Sozialdemokraten spielen demgegenüber immer nur Reichstagsauslösung und Neuwahlen aus. Wo soll bei dieser Lage ein Moment der Sicherheit gefunden werden, aus dem man Vertrauen schöpfen könnte. Es ist erklärlich, daß sich in solchen Zeiten die Börse um so leichter durch Gerüchte beeinflussen läßt und die geringe Abschwächung am Devisenmarkt ist auf die Pariser Moratoriumsverhandlungen und auf Nachrichten darüber zurückzuführen, daß die Anleiheberatungen jetzt in irgend einer Form wieder aufgenommen werden müßten. Aber die Aussichten sind in diesem Augenblicke gerade so ungünstig, daß man für die nächste Zeit noch auf allerhand Ueberraschungen vorbereitet sein muß.

Besprechung mit Mitgliedern der Reparationskommission.

Wie Davos mitteilt, sollten die Staatssekretäre Schröder und Fischer gestern nachmittags in Paris eine private Unterredung mit einigen Mitgliedern der Reparationskommission, darunter Dubois, haben. Nach Davos sind bestimmte Schlussfolgerungen erst in einigen Tagen zu erwarten. Erst gegen Mitte der Woche werde die Reparationskommission wahrscheinlich ein offizielles deutsches Ersuchen erhalten. Die alliierten Regierungen könnten sich gegebenenfalls erst nach Eingang des Gutachtens der Reparationskommission mit der Frage befassen. Auf alle Fälle dürfte dies erst nach Kenntnisnahme des Berichtes des Garantiefomitees geschehen, der Ende der Woche sofort bei der Rückkehr des Komitees nach Paris übergeben werden soll.

Der Einfluß des Marksturzes auf die fremden Valuten.

Der „Corriere della Sera“ beschäftigt sich erneut mit dem Sturz der Mark und sagt, daß die Markkatastrophe auch auf die anderen Valuten einen starken Einfluß ausübe. Der deutsche Pessimismus habe sich auf den ganzen Kontinent übertragen. Um Deutschland zu retten, sei es notwendig, daß die deutsche Demokratie sich bei dieser Krise als die einzig mögliche Regierungsform für Deutschland behaupten könne. Diese zu unterstützen, sei die erste Pflicht Italiens.

Englands Bemühungen um die Lösung der deutschen Finanzkrise.

Die englische Regierung entfaltet eine bemerkenswerte Tätigkeit in der Frage der deutschen Finanzkrise. Lloyd George konterte mit dem erkrankten Chamberlain, mit dem amerikanischen Botschafter, sowie mit dem italienischen Außenminister Schanzer vor seiner Abreise nach Paris. Das englische Kabinett setzte ein Komitee ein, das wahrscheinlich schon am Dienstag dem Kabinett Bericht erstatten wird. Man nimmt an, daß die für Ende dieses Monats vorgesehene neue Zusammenkunft der alliierten Minister erheblich früher stattfinden wird. Der amerikanische Botschafter Harvey scheint der amerikanischen Regierung die Teilnahme an den Beratungen empfohlen zu haben, doch verdient die Ansicht des „Daily Express“ Beachtung, daß von Amerika ein aktives Eingreifen erst nach den Novemberwahlen zu erwarten sei. Immerhin könnte die ebenfalls erst für den Herbst vorgesehene neue Zusammenkunft des Morgankomitees, wie der „Daily Telegraph“ meldet, es als möglich erscheinen lassen, daß Frankreich nunmehr einwilligt, daß die Bankiers die gelamten Fragen prüfen und Vorschläge machen. Jedenfalls deuten alle Anzeichen darauf hin, daß in London wiederum an einer sehr umfassenden Lösung gearbeitet wird.

Unterredung zwischen Schanzer und Poincaré.

Zwei „Welt Pariser“ sind bei der Unterredung zwischen Schanzer und Poincaré außer verschiedenen Fragen, die, wie die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Oesterreichs und die Konferenz im Haag nur gekreist wurden, vor allem vier große Probleme behandelt wurden, die Frage von Tanga, das Statut von Palästina, insbesondere das für die heiligen Stätten, das Problem des nahen Ostens und die Reparationsfrage. Hinsichtlich der Frage von Tanga erklärte Poincaré dem italienischen Minister, daß Frankreich die italienische Regierung zu den augenblicklich eingeleiteten Verhandlungen nicht zulassen könne, da Italien in dem 1908 zwischen Frankreich und Italien abgeschlossenen Vertrage darauf verzichtet habe, in Marokko zu intervenieren gegen die ihm zugesicherte Aktionsfreiheit in der Syrenaik und in Libyen. Poincaré gab jedoch die Versicherung, daß ein etwa getroffenes internationales Abkommen sofort den Signatoren der Akte von Algieras mitgeteilt werden würde, um diesen zu gestatten, die ihnen notwendig erscheinenden Bemerkungen zu machen. In der Frage von Palästina teilte Schanzer Poincaré den Inhalt der von ihm in London angeknüpften Verhandlungen mit. Es scheint, daß die Konsultation jedem der interessierten Staaten das Recht verleihe, alternativ den Vorschlag in der gemischten Kommission überkommen zu können, die durch den Völkervertrag auf Grund

des Statuts für Palästina eingesetzt worden sei. Das Problem des nahen Ostens wurde nicht vollkommen erschöpft. Was die Reparationsfrage angeht, so bemerkte Schanzer, daß nach seiner Ansicht eine baldige allgemeine Aussprache wünschenswert erscheine. Poincaré sprach jedoch seine Ansicht dahin aus, daß diese Verhandlungen auf keinen Fall beginnen könnten, bevor der augenblicklich in Berlin zwecks Organisation der Kontrolle der Finanzen weilende Garantieforschuss seinen Bericht den Regierungen übermitteln werde. Es scheint, daß man von allen Seiten dahin übereingekommen sei, daß die Frage der interalliierten Schulden in dem Maße, in dem sie mit dem allgemeinen Reparationsproblem verbunden seien, nicht mit Aussicht auf Erfolg berührt werden könne, wenn Amerika seinen augenblicklichen Standpunkt nicht aufbehe.

Eine Autorität im Wirtschafts- und Finanzleben Frankreichs

erklärte einem Vertreter des „Excelsior“, es sei eine merkwürdige Selbsttäuschung, wenn man sich vorstelle, daß die Deutschen Frankreich in der besetzten könnten. Auch die Franzosen hätten nach 1871, in einer Zeit, in der sie allein vom Kriege in Mitleidenschaft gezogen waren, und die anderen Nationen nicht wie heute mit zahllosen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt hätten, und wo infolgedessen Frankreich an ihren Kredit hätte apoplektieren können, von der Gesamtschuldigung von fünf Milliarden nur 650 Millionen in bar bezahlt, und zwar: 275 Millionen in Gold, 230 Millionen und 138 Millionen in französischen Banknoten bzw. Wertpapieren. Frankreich habe den Rest, d. h. 4 248 000 000 in Wechseln bezahlt. Man müsse also sich und das Publikum an den Gedanken gewöhnen, daß man aus der Sachlage, in der man stehe, nur durch die Sachlieferungen herauskommen werde. Mittels des Wiesbadener Abkommens habe Frankreich auf diesem Wege den ersten Schritt getan. Es sei zu wünschen, daß das Abkommen so bald wie möglich durchgeföhrt werde. Hieron hängt das beiderseitige Heil Frankreichs und Deutschlands ab.

Amerikas erste Pflicht.

„Westminster Gazette“ meldet aus New York, die amerikanische Regierung beobachte die Entwicklung in Deutschland mit unverkennbarem Interesse. Es könne auf Grund zuverlässiger Informationen gesagt werden, daß, wenn die Haltung der französischen Regierung in der Frage der Reparationsabstufungen nicht in der Weise geändert würde, daß Deutschland Sicherheiten für eine ausländische Anleihe bieten könne, die Vereinigten Staaten kein Geld mehr geben würden.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus New Concord in Ohio hat Präsident Harding in einer Adresse an die Studenten eines Colleges erklärt, angesichts der bestehenden Krise in Deutschland ist es die erste Pflicht Amerikas, für seine eigene Sicherheit Sorge zu tragen, damit es besser in der Lage ist, anderen zu helfen. Nachdem wir aus dem Kriege mächtiger hervorgegangen sind, als wir es früher waren, ist es unsere Pflicht, der Welt bei ihrem Wiederaufbau zu Hilfe zu kommen. Aber das können wir nur, wenn wir uns in erster Linie bemühen, unser eigenes Haus in Ordnung zu bringen.

Die Beschleunigung der deutschen Kohlenlieferungen beantragt.

Ueber den Inhalt des Moratoriums-gesetzes, das die Reichsregierung in der Kohlenfrage an die Reparationskommission gerichtet hat, meldet der „Matin“, daß Deutschland eine Herabsetzung der Kohlenanforderungen von 10 Prozent verlangt habe mit der Begründung, daß das Reich zu dieser Reduktion gezwungen werde, einmal durch den Verlust der obersteilischen Kohlengebiete, dem 10 Prozent dieser Verminderung zuzuschreiben sind, zum anderen infolge der Verminderung der eigenen Kohlenförderung, die die übrigen 10 Prozent ausmachen.

Deutscher Reichstag.

Mit. Berlin, 10. Juli.

Die Interpellationen der Deutschnationalen über Aufrub in Thüringen und der Deutschen Volkspartei über die Vorkommnisse in Darmstadt werden innerhalb der gestimmten Frist beantwortet werden.

Erste Beratung des Initiativgesetzes der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Rechten über Bezüge von Sozialrentnern.

Hg. Koch (Soz.) begründet den Entwurf, der die Reichsversicherung dahin abändert, daß neue Lohnklassen gebildet werden und die Leistungen bei den Invaliden-, Alters- und Witwenrenten um jährlich 3000 Mark erhöht werden.

Hg. Karsten (Unabh.) bemängelt, daß die im Entwurf geforderten Rentensätze immer noch zu niedrig sind. Auch gerade das Gesetz viel zu lange Bindungen aus. Unter keinen Umständen dürften die Einnahmen der Landesversicherungsanstalten zur Tilgung verwendet werden.

Ein Vertreter der Regierung erklärte das allgemeine Einverständnis der Regierung mit dem Entwurf. Nach weiteren Ausführungen des Hg. Walbahn (Komm.) und Peter-Bischoff (Soz.) wird der Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen mit einer Abänderung, welche die Unterstufung von Rentempfindern durch Notstandsmaßnahmen erleichtert, ebenso auch in dritter Lesung.

Ein Gesetzentwurf über die Ermächtigung zu Zoll-erhöhungen wird dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfes eines Gesetzes zum Schutze der Republik.

Berichterstatter Dr. Dell (B.) erstattete den Bericht des Rechtsausschusses. § 1 ist das Kernstück der Vorlage; er richtet sich mit den schärfsten Bestimmungen gegen die Geheimorganisationen, die als Mörderzentrale charakterisiert werden. Es ist aber lediglich von den Bestrebungen der Vereinigungen die Rede, damit die tatsächlich verfolgten Bestrebungen entscheidend sind, nicht scheinbare Ziele. Der Ausschuss hat aber die früheren Mitglieder einer republikanischen Regierung außerhalb dieses besonderen Schutzes gestellt. Im Falle einer begangenen oder verübten Tötung wird jeder, der zur Zeit der Tat an der Vereinigung oder Verabredung beteiligt war und ihre Bestrebungen kannte, mit dem Tode oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft. Im Paragraphen über die Bestrafung des Täters ist bestimmt, daß die allernächsten Angehörigen zur Ermöglichung der Straflosigkeit bemüht gewesen sein müssen, den Täter zum Austritt aus der Verbindung zu veranlassen. Es genügt nicht, wenn sie sich darauf beschränkt haben, ihn lediglich von der Teilnahme an der geplanten Tötung abzubringen. Es wird nicht jede Bestrafung oder Verleumdung eines Regierungsmitgliedes, wobei die früheren Mitglieder überhaupt ausgeschlossen sind, unter Strafe gestellt, sondern es muß auch das Tatbestandsmerkmal hinzutreten, daß durch diese Bestrafung oder Verleumdung die Republik herabgewürdigt wird. Ferner hat der Ausschuss die Abweichung beschlossen, daß dem Verurteilten der Aufenthalt in bestimmten Teilen oder an bestimmten Orten des Reiches auf die Dauer bis zu fünf Jahren angewiesen werden kann. Bei Ausländern ist dagegen auf Ausweisung aus dem Reichsgebiet zu erkennen. Der Staatsgerichtshof stellt sich nicht als ein nach der Reichsverfassung unabhängiges Untersuchungsgericht dar. Er ist lediglich ein Sondergericht, wie die Gewerbe-, Kaufmanns- und Buchergerichte. Somit liegt in den Bestimmungen des Staatsgerichtshofes keine Verfassungsänderung. Eine besondere Verurteilung des Laienrichters ist dadurch erledigt worden, daß fünf Laienrichtern nur zwei Juristen gegenüberstehen. In Anbetracht des besonders schwierigen eigenartigen Verhältnisses in Bayern, erscheint es als eine staatsnotwendige Pflicht, tunsichst den berechtigten Wünschen der bayerischen Regierung zu entsprechen, soweit dies mit Zielen und Zwecken des Gesetzes in Einklang zu bringen ist. Andererseits müßte auch von allen Ländern die gebotene Rücksicht auf das Reich erwartet und Verständnis für die schwierige Aufgabe verlangt werden, die das Reich zur Sicherung seines Bestandes zu erfüllen habe. Der Reichsjustizminister hatte zwar Bedenken, die Anhörung des Reichsgerichtspräsidenten bei der Ernennung der Richter als zwingende Vorbedingung in das Gesetz aufzunehmen, selbstverständlich werde aber der Reichsgerichtspräsident über die Tüchtigkeit der Ernennung gebört werden. Bei der Ernennung der Laienrichter würde ebenfalls dafür gesorgt werden, daß die verschiedenen Länder und Landesstellen vertreten seien. Die Ausweisungsvorschrift für Mitglieder ehemals regierender Familien ist getrichen worden. Auch soll die Bestimmung, daß Mitglieder solcher Familien, die ihren Wohnsitz im Ausland haben, das Reichsgebiet nur mit Erlaubnis der Reichsregierung betreten dürfen, dahin abgeändert werden, daß der Paragraph nur in Anwendung kommt, falls die Bestimmung gerechtfertigt ist, daß das Wohl der Republik gefährdet ist, eventuell ist Ausweitungsbefugnis innerhalb Deutschlands zugelassen. Redner schloß mit dem Hinweis, daß die außerordentlich gespannte Situation eine unverzügliche Entscheidung erfordere und empfahl die Annahme der Ausschlußbeschlüsse.

Bayern. Gesandter v. Preger: Der Gesetzentwurf verfolgt den Zweck, Angriffe auf die verfassungsmäßige Staatsform mit den schärfsten Maßnahmen zu bekämpfen. Auch die bayerische Regierung stimmt dieser Ansicht grundsätzlich zu. Auch sie hält eine Verschärfung der bestehenden Vorschriften in dieser Richtung für geboten. Sie hält jedoch den Gesetzentwurf in der vorliegenden Form nicht für annehmbar, da er in den Strafbestimmungen weit über das zur Erreichung des gesetzlichen Zieles notwendige Maß hinausgeht. Er enthält in den Staatsgerichtshof ein nach der Verfassung nicht zugelassenes Untersuchungsgericht, das in die Zuständigkeit der Länder tief eingreift und überdies in seiner Zusammensetzung auf eine bedenkliche Politisierung der Strafrechtspflege hinausläuft. Der Entwurf unterwirft das ganze Vereins- und Versammlungsrecht und auch die Freiheit der Presse tief einschneidenden Beschränkungen. Durch die Ausschlußbeschlüsse ist zwar ein Teil der Bedenken gemildert worden. Immerhin ist ein Teil grundlegender Bestimmungen vorbehalten oder noch verschärft worden, die es Bayern unmöglich machen, dem Gesetzentwurf in dieser Fassung zuzustimmen. Bayern wird eine Reihe von Anträgen vorlegen, die geeignet wären, wenigstens die allerwichtigsten Bedenken zu beseitigen.

Die Weiterberatung über diesen Gegenstand erfolgt morgen.

Das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik soll nach Vorschlag des Präsidenten dem Rechtsausschuss überwiesen werden. Ein Antrag Schiele (Dnat.), die Beratungen am Mittwoch ohne Ausschlußüberweisung vorzunehmen, wird abgelehnt.

Hg. Desterl (Dnat.) erklärt den Entwurf für seine Partei als unannehmbar, da er den Verfassungsbruch verantere. Das Gesetz geht sodann an den Rechtsausschuss. Morgen nachmittags 2 Uhr zweite Lesung des Gesetzes zum Schutze der Republik und Amnestiegesetz.

Der Rechtsausschuss des Reichstags

Beriet gestern das Amnestiegesetz. Im Laufe der Beratung erklärte Reichsversicherungsminister Dr. Brüner, daß eine

4. Sei in Zukunft nicht Gefährdungsmöglichkeit, sondern die persönliche Tätigkeit maßgebend;
5. Sei in einem besonderen Befehlungsverfahren mehr dem Bedürfnis der Beamten Rechnung zu tragen und die Lohnskala für die Zukunft in sichere Aussicht zu stellen;
6. Es sei ein Ausgleich zwischen Stadt und Land unter dem Gesichtspunkt einer Verständigung zwischen Kapital und Arbeit herbeizuführen;
7. Sei der schamhafte Achtundzigt zu vermeiden, wobei der Achtundzigt als solcher nicht angetastet werden dürfe;
8. Müsse im Fernarbeiterkreis eine Lösung gefunden werden, die beide Teile zufriedenstelle. Es sei zu wünschen, daß die Reichsregierung jetzt den Rat fasse, am 15. Juli nicht nur ein Moratorium zu verlangen, sondern auch die am 15. Juli fällige Rate zu verweigern. Die Regierung solle nicht derartige Forderungen an den Gegner über die Not des deutschen Volkes stellen. Die Deutsche Volkspartei sei bereit, die Verantwortung mit zu übernehmen, um dem deutschen Volk sein Recht auf eine Existenz sicherzustellen.
Der Reichsbürgererrat gegen die Ausnahmebestimmungen. Das Präsidium des Reichsbürgererrats hat an die bürgerlichen Fraktionen des Reichstages eine Eingabe gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß jede Ausnahmebestimmung in dem Gesetz zu Tausenden von politischen Freiungen führen würde.

Der letzte Uebergabeakt.

In Oepeln fand gestern die Wiederbesetzung des letzten Stills der wieder an Deutschland fallenden oberösterreichischen Erde durch deutsches Militär ihren Abschluß. Der Festakt wurde eingeleitet durch einen Gottesdienst in der alten Pfarrkirche. Als Vertreter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers war Reichsarbeitsminister Brauns erschienen. Das Reichsministerium des Innern hatte Ministerialrat Gehelmer Regierungsrat Schmidt, das Auswärtige Amt Regierungsrat von Viers entsandt, die preussische Staatsregierung den Staatsminister des Innern Severing. Nach einem durch den Oepelner Musikverein zum Vortrag gebrachten Uebes übergab General Dr. Eckardt mit kurzen Worten die Regierungsgewalt dem Oberpräsidenten Bitta. Bitta erwiderte darauf mit einer Ansprache. Nach einem dreifachen Hoch auf unser geliebtes deutsches Vaterland stimmte die Menge „Deutschland über alles“ an. Darauf wurden noch zwei Begrüßungstelegramme, die vom Reichspräsidenten und dem Reichsminister des Innern Dr. Köster eingegangen waren, verlesen. Darauf sprachen namens der Stadt Oberbürgermeister Dr. Reugebauer und namens der preussischen Regierung Staatsminister Severing. Die Begrüßungsansprachen an Reichswehr und Schupo beantwortete Generalmajor von Ledebour mit Worten des Dankes. Mit einer Parade der aus Infanterie, Kavallerie und Artillerie zusammengesetzten Reichswehr endete die eindrucksvolle Feier. Daran anschließend veranstalteten die an der Feier beteiligten militärischen und Zivilvereine einen Umzug durch die Stadt.

In einer Ansprache führte Reichsarbeitsminister Brauns u. a. aus: Festgenossen! Oberösterreich! Oberösterreich erlebt nach langer schwerer Trübsal nunmehr wieder Freudentage. Durch feindlichen Wuchspruch war Oberösterreich zweieinhalb Jahre befreit. Am heutigen Tage befreiten wir auch unsere Brüder jenseits dieser Grenze, die keine natürliche Grenze ist. Wenn ich als Rheinländer heute die Oberösterreicher begrüße, so schweifen meine Gedanken an die Ufer des Rheins. Wir denken heute an alle diese Bedrückten und wünschen ihnen die gleiche Freiheit, deren wir uns erfreuen. Einmütig klingt es aus aller Munde als Hüllschwur: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!

Stegerwald gegen den Streik.

Ministerpräsident a. D. Stegerwald sprach gestern in Essen in einer Konferenz der Funktionäre des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Betriebsobleute und der Vertrauensmänner, die zur Lage im Bergbau Stellung nahmen. Einen Streik im Ruhrbergbau in der augenblicklichen Zeit bezeichnete Stegerwald als ein Verbrechen am Volke und an der Nation. Eine Entschädigung, die von der Konferenz angenommen wurde, wickelt auf die ausständigen Verhandlungen im Bergbau hin und ersucht, den Anforderungen zur Massenfindung keine Folge zu leisten. In der Entschädigung heißt es weiter, daß das Schicksal des Bergmanns und des Bergbauers das Schicksal des ganzen Volkes sei. Wir sind fest entschlossen als christliche Gewerkschaftler mit unseren Freunden im ganzen Land der Sache der Vernunft zum Siege zu verhelfen.
Wie von ausländischer Seite mitgeteilt wird, hat sich der Reichsarbeitsminister im Zusammenhang mit der im Ruhrgebiet bei den Verhandlungen für einen neuen Manteltarif im Bergbau entstandenen Spannung gestern abend von Oepeln nach Essen begeben, wo heute früh die Verhandlungen mit den Bergarbeitern begannen. Am Freitag wird eine Vertreterkonferenz der Bergarbeiter in Dortmund zu dem Resultat Stellung nehmen.

Ein Aufruf der Demokratischen Partei.

Ein Aufruf der Reichsleitung der Demokratischen Partei wendet sich gegen die in einzelnen Landesstellen geplanten Generalkonferenzen und Feuerungsstundgebungen. In dem Aufruf heißt es: Wer sich an Kundgebungen dieser Art beteiligt, entfernt sich von der demokratischen Staatsauffassung und dient der Gewaltpolitik, die letzten Endes immer reaktionär ist. Wir ersuchen alle demokratischen Republikaner, jede Beteiligung an solchen Kundgebungen abzulehnen.

Zum Berliner Buchdruckerstreik.

Die Generalversammlung der Buchdrucker, die gestern vormittag im Berliner Gewerkschaftshaus tagte und einen recht bewegten Verlauf nahm, beschloß, dem „Vorwärts“ zufolge, den Streik in der seitherigen Form weiterzuführen.

Schlichtungsprozess im Hamburger Seemannsstreik.

Unter Teilnahme von Vertretern des Zentralverbandes der deutschen Reederei und der ausländischen Schiffsinneure und Seemannsvereine haben vor dem Schlichtungsausschuss Verhandlungen stattgefunden, die zu einem Ergebnis geführt haben. Die Vorschläge werden in einer Versammlung den Kundstündigen unterbreitet werden.

Von der Haager Konferenz.

Gestern hatte der Unter Ausschuss für Kredit wieder eine Zusammenkunft mit der russischen Abordnung. Der Vorsitzende des Ausschusses leitete den Russen eine Reihe

von Fragen wegen des Wiederaufbaues von Rußland vor. In einer Auseinandersetzung, die 1/2 Stunden dauerte, erzielte Krassin über diese Fragen Auskunft. Er gab Auskunft über das Material der russischen Eisenbahnen und über die landwirtschaftlichen Bedürfnisse. Was die zu verbleibenden Konzeptionen betrafte, teilte er mit, daß die russische Regierung nur für neue Eisenbahnlösungen Konzeptionen erstellen werde. Schließlich machte Krassin noch Mitteilungen über Fragen betreffend den russischen Außenhandel. Namens der russischen Abordnung legte sodann Dimitrow dem Unter Ausschuss eine Reihe von Fragen teils politischer, teils finanzieller Natur vor. Ueber die finanziellen Fragen wird der britische Abgeordnete demnächst Antwort geben, während hinsichtlich der politischen Fragen der Vorsitzende erklärte, daß sich die Aussprache darüber noch nicht so entwickelt habe, daß man diese Fragen schon beantwortet könne.

Tagesgeschichte.

Streik auf den Reichswerken. Die Arbeiterschaft in der Oertlichen Werkstatte Karl Zeißwerte in Jena hatte die Besetzung der bei den letzten Demonstrationen angefallenen Arbeitsstunden sowie die Gewährung von bezahltem Urlaub für 50 Arbeiter, die jetzt die Landespolizei verhaften soll, gefordert. Da dies von der Werkleitung abgelehnt wurde, fanden am Sonnabend Urabstimmungen über den Eintritt in den Streik statt. Auf Grund des Ergebnisses der Abstimmung wurde für Montag früh die Streikparole ausgegeben.

Deutsch-sozialer Parteitag in Oepeln. Auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik hat das braunschweigische Staatsministerium sämtliche im Freistaat Braunschweig bestehenden Gruppen der Deutschsozialen Partei aufgelöst und verboten.

Zur Einkommensteuererhöhung 1920. Die Erörterungen bei der Veranlagung der Einkommensteuer haben gezeigt, daß die Abgrenzung der Steuerbezieher zu demnach ist. Der örtliche Zuständigkeitsbereich umfaßt im Verhältnis zu der geringen Zahl der Steuerzahler mitglieder regelmäßig soziale Gemeinden, daß die unerschöpfliche individuelle Vertretung der einzelnen Gemeinden und einzelnen Steuerpflichtigen bei der Veranlagung völlig unmöglich war, da die Steuerzahler mitglieder vielfach nicht einmal die allgemeinen Verhältnisse der einzelnen Gemeinden, geschweige denn die Lage des einzelnen Steuerpflichtigen kennen. Da die Folge war, daß die Veranlagung in sehr vielen Bezirken derart überflüssig vorgenommen ist, daß die in der R.N.O. beabsichtigte Forderung des Steuerpflichtigen nach einer Prüfung seines Einzelfalles nicht erfüllt werden konnte, haben die Abgeordneten Semeter, Thomps, Dr. Oberföhrer, Pöhlke, Thirring, Dr. Gelferich und Leopold eine Anfrage an die Regierung gerichtet, in der sie die Regierung fragen, ob ihr diese Verhältnisse bekannt sind und was sie zu tun gedenkt, um diese Uebelstände zu beseitigen. Ein Artilleriegeschütz gefunden. Nach einem eigenen Drahtbericht des „Vorwärts“ aus Magdeburg soll bei einer neuerlichen Untersuchung bei Angehörigen rechts stehender Organisationen ein vollständiges neues Artilleriegeschütz gefunden worden sein.

Stinger freigeschrieben. Wie die „T. U.“ erzählt, ist der Kapitänleutnant a. D. Stinger aus der Haft im Berliner Polizeipräsidium entlassen worden.

Ein sozialdemokratischer Gehartikel. Gegen den mehrheitssozialistischen Redakteur Grambold von der Duisburger Volksstimme, der den erschienenen Artikel: Anknüpfel die deutschen Nationalen Wörderbanden nieder! geschrieben hat, hat die Duisburger Staatsanwaltschaft nach § 130 des Strafgesetzbuches wegen Aufreizung zu Gewalttaten Ermittlungen eingeleitet.

Die Verhaftungen in München. Laut Staatsanwalter sind im Zusammenhang mit der Verfolgung der Organisation C neun Personen in München gefasst worden. Von diesen wohnen fünf seit langer Zeit überhaupt nicht mehr in Bayern. Eine Person ist flüchtig. Drei Studenten wurden wegen angeblicher Zugehörigkeit zur Organisation C festgenommen. Unter diesen drei befindet sich kein Bayer. Suchaktionen förderten kein belastendes Material zu Tage, so daß die Freilassung der Studenten bevorsteht. Zahlreiche Personen, darunter General Ludendorff, wurden vernommen, jedoch verliefen die Vernehmungen ergebnislos.

Die Staatsanwaltschaft zu den Darmstädter Vorgängen. Zum Darmstädter Aufruf vom 27. 6. teilt die Staatsanwaltschaft mit, daß bisher etwa 62 Beschuldigte vernommen wurden. Von diesen wurden 35 nach der Verhaftung alsbald wieder entlassen. Eine Anzahl Haftbeschwerden wurde abgemittelt. Der Staatsanwalt hat bisher Haftbefehle nur gegen solche Personen erlassen, die dringend verdächtig sind, beim Landfriedensbruch am 27. 6. Gewalttätigkeiten begangen zu haben, Mißhandlungen begangen zu sein, oder sich eines Diebstahls schuldig gemacht zu haben. Die Mehrzahl der Verhafteten stammt aus der Umgebung Darmstadts. Der Leiter des Darmstädter Polizeiamtes Regierungsrat Lautschlager ist auf unbestimmte Zeit wegen Krankheit beurlaubt worden. Mit Wahrenehmung der Amtsgeschäfte wurde der Regierungsrat Dr. Winger beauftragt.

10 000 Mark Belohnung für Ergreifung der Gardentäter. Ausgesucht worden. Als Täter kommt noch in Frage der Kaufmann und frühere Oberleutnant Walter Unterkorn, 21. April 1892 in Königsberg in Ostpreußen geboren, in Oldenburg wohnhaft (zuletzt in Berlin-Charlottenburg bei Frau Brückner unangemeldet wohnhaft gewesen). Dieser geleht in Berlin-Westen, unter dem Namen Hagen auftretend und zuletzt flüchtig. Er wird wie folgt beschrieben: Statur 1,70 m groß, mittelkräftige Gestalt, blondes zurückgekämmtes etwas gelbliches Haar, ovales gebräuntes Gesicht, Anflug von Schnurbart. Besonders Kennzeichen: Wenzelnarben auf der linken Stirnseite.
Republik Österreich.

Die Sanierung der Finanzen vor der Reparationskommission. Aus Paris wird gemeldet: Die mit den österreichischen Angelegenheiten betraute Abteilung der Reparationskommission hatte über das Gesuch der österreichischen Regierung zu entscheiden, das Verbotsgesetz aufzuheben, dem auch die österreichischen Staatsbankrottanten aus Italien, Wald- und Gutsbesitz unterstellt sind. Diese Einkünfte stellen gegenwärtig die endgültig letzte Hilfe zur Erlangung einer Finanzaktion zu Gunsten Österreichs dar, die der österreichische Staat seinen Geldgebern zu bieten vermag. Der Temps erklärt hierzu, daß sich allerdings keine Regierung der Gefahr auslegen würde, durch eine Abgabe des österreichischen Volk zur Verzweiflung zu bringen.

Tschechoslowakei. Strategische Erkundung durch den französisch-italienischen Generalstab. Der französisch-italienische Generalstab der tschechischen Armee unternimmt gegenwärtig unter Teilnahme von tschechischen Truppenführern eine strategische Erkundung der Grenzgebiete. Unter Führung des Chefs des Generalstabs, des französischen Generals Mittelhauer, trafen vor einigen Tagen in Brno im Erzgebirge 88 Offiziere ein.

Frankreich. Die Frage der interalliierten Schulden. Nach einer Mitteilung der Agence Havas ist in der Frage der interalliierten Schulden eine französisch-italienische Solidarität festgestellt worden. Die Verantwortlichen für seine Mission in den Vereinigten Staaten erteilten Befehle werden vom mitgeteilt werden. Aus dem Meinungsaustrausch zwischen

Vom Reichsrat.

Der Reichsrat beschäftigte sich gestern wieder mit den Ausführenden über den Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse. Es wurde ein Antrag Breuners angenommen, in dem es heißt: Bei Verurteilung von Hols durch die zur Gewinnung des Holzes aus forstwirtschaftlichen Grundstücken Berechtigten wird eine Abgabe von 1/2 Prozent des Verkaufspreises erhoben. Nacheinander von forstwirtschaftlichen Grundstücken unter 10 Hektar bleiben von der Abgabe frei. Die Abgabe ist an die Rückvergütungsfasse für die deutsche Presse abzuliefern. Das Gesetz soll vorläufig bis zum 31. Dezember 1923 gelten und in erster Linie soll die kleine und mittlere Presse berücksichtigt werden. Außer der Umsatzsteuer bei Holzverkäufen wird eine Ausfuhrabgabe von anderthalb a. Tausend erhoben.

Dem „Vorwärts“ zufolge hat das Reichsministerium des Innern dem Reichsrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch den die Frage der Feiertage reichsweit einheitlich geregelt werden soll. Als gesetzliche Feiertage werden bestimmt die beiden Oftertage, die beiden Vignattage, die beiden Weihnachtstage, der 11. August und in Süddeutschland der Fronleichnamstag und in Norddeutschland der Karfreitag. Das Reformationsfest, die Wei- und Buktage, sowie der 1. Mai bleiben der landesgesetzlichen Regelung überlassen.

Entspannung der innerpolitischen Lage?

In der gestrigen Nachmittags-Fraktionsführung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde folgende Entschlüsse gefaßt: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt, daß die zum Schutze der Republik zu beschließenden Gesetze nur von einer entschiedenen republikanischen Regierung durchgeführt werden können. Die Deutsche Volkspartei hat bis in die letzte Zeit in ihrer Bekämpfung eine Reihe wichtiger Regierungsvorlagen die notwendige Rücksicht auf die Interessen des Staates und das Bedürfnis der weitesten Volksschichten vernachlässigt. Sie hat erst nach der Ermordung Rathenaus die Vorlage über die Betriebsämter abgelehnt. Unter diesen Umständen würde die Einbeziehung der D.V.P. in die Reichsregierung bei den breiten republikanischen Massen das Vertrauen in die Absicht der Regierung, die Gesetze zum Schutze der Republik energisch durchzuführen, aufs tiefste erschüttern. Für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kommt daher die Mitarbeit in einer nach rechts erweiterten Regierung nicht in Frage. Die Entschlüsse der mehrheitssozialdemokratischen Partei hat zwar zu keiner grundsätzlichen Klärung der Lage geführt, trotzdem ist man jedoch, wie die T. U. hört, in parlamentarischen Kreisen ziemlich allgemein der Auffassung, daß die Frage der Regierungsumbildung durch die Entschlüsse der Mehrheitssozialdemokraten aus dem akuten Stadium herausgetreten ist und daß vor den Parlamentarier keine Regierungsumbildung mehr stattfinden wird. Die Entschlüsse der Sozialdemokraten spricht zwar nur von der Ablehnung des Eintritts der D.V.P. es ist aber bekannt, daß die Mehrheitssozialdemokraten gleichzeitig beschließen haben, den Eintritt der Unabhängigen in die Reichsregierung nicht zu forcieren, wenn die Gesetze zum Schutze der Republik vom Reichstag vor den Parlamentarier angenommen werden. Offiziell werden die Verhandlungen erst morgen zu Ende gehen, wenn die bürgerlichen Koalitionsparteien zu der Entschlüsse der Sozialdemokraten Stellung genommen haben.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht einen Aufruf des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale an die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, der sich gegen den Eintritt der USPD in die Regierung ausspricht und mit folgenden Sätzen schließt: Proletarier Deutschlands! Werft in einheitlicher Front die Reaktion nieder! Wieder mit der bürgerlichen Koalitionregierung! Es lebe die Arbeiterregierung! — Der Aufruf ist aus Moskau vom 8. Juli datiert.

Die Koalitionsbedingungen der Deutschen Volkspartei.

Reichstagsabgeordneter Wolbenhauer sprach in einer öffentlichen Versammlung der Deutschen Volkspartei in Köln über die deutsche Not. Für den Augenblick gelte es, so betonte er, auf dem gegebenen Boden der Verfassung wieder aufzubauen. Heute müsse die Lösung laute soziale Ordnung auf der einen und innere Geschlossenheit auf der anderen Seite. Nur wenn Kapital und Arbeit zusammenarbeiten, sei ein Wiederaufbau möglich. Ein Gesetz gegen Reichs zum Schutze der Republik würde nicht die Geschlossenheit gründen, sondern nur das Volk auseinanderreißen. Deshalb habe die Deutsche Volkspartei zum Reichsjustizminister, der ein solches Gesetz im Reichstag empfohlen habe, kein Vertrauen. Das Gesetz müsse sich gegen diejenigen wenden, die den Nordstaat schwächen und die auch die Autorität des Staates untergraben. Zwischen Herzogen und Vernunftpolitikern dürfe kein Unterschied gemacht werden. Eine Schwächung der Politik nach links, wie sie jetzt eingeleitet worden sei, müsse für Deutschland verhängnisvoll werden, da dadurch das Vertrauen des Auslandes behindert würde. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im deutschen Reichstag hat darum angefordert, dieser kritischen Lage einstimmig beizutreten, in die Reichsregierung einzutreten und so dem Staat in der Not Hilfe zu leisten. Für die weitere Entwicklung der Regierungspolitik mit der Deutschen Volkspartei müßten aber folgende Punkte festgelegt werden:

1. Daß die staatliche Autorität geschützt werde und daß jede Nebenregierung, von welcher Seite sie auch immer kommen möge, beseitigt werden müsse;
2. zur Erhaltung der staatlichen Autorität sei die Sicherstellung der Reichswehr und der Volkspolizei notwendig;
3. muß ein arbeitsfreudiges und pflichtbewusstes Beamtenum erhalten werden, auf das das Reich zählen könne.

Frankreich und England in Bezug auf die heiligen Orte in Palästina werde in aller Kürze ein Text herausgegeben, der dem Völkerverbund zu unterbreiten ist und der auch Italien mitgeteilt wird.

Italien

Freiheitsbewegung des Obersten Odenburg. Der berühmte Realist und Begründer des letzten Karlistenkrieges Oberst Odenburg ist gestern freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen worden.

England

Ablehnung des britischen Mandats. Der Kongress der in Palästina lebenden Araber hat beschlossen, der englischen Regierung und dem Völkerverbund mitzuteilen, daß die Araber das britische Mandat über Palästina ablehnen. Der Kongress protestiert gegen die Aufrechterhaltung der Erklärung Balfours, daß Palästina die Heimstätte des jüdischen Volkes werden solle.

Deutsches und Sächsisches.

Mies, den 11. Juli 1922.

Schulausschüsse. In der gestrigen Sitzung wird zunächst Kenntnis genommen von einer Ministerialverordnung vom 31. Mai 1922, betreffend die Vertreter der Elternschaft im Schul- und Fortbildungsschulausschüsse. Es dürfen nur solche Eltern gewählt werden, die Kinder in die betreffenden Schulen schicken. Das Ausschreiben eines Kindes bedeutet Wegfall der Wahl für den Ausschluß. Zur Beschaffung von Plätzen für den Schul- und Fortbildungsschulausschüsse wird der Beitritt zum Völkerverbund und Deutscher Städte e. V. beschlossen. Hierzu sind ca. 75 M. Jahresbeitrag erforderlich außer dem Halten der Zeitschrift. Auf Grund einer Verordnung des Ministeriums erfahren die Kreisverwaltungen eine Vermehrung um 4. Eine weitere zur Kenntnis gebrachte Ministerialverordnung behandelt die Zusammenarbeit der Berufsschulen und der öffentlichen Berufsberatungsinstitutionen. Die Verordnung gibt Ausschluß über Zweck und Bestrebungen des Zusammenschlusses, der als notwendig erkannt wird. Anstelle zweier Damen, der Frauen Eidler und Ande, die die Wahl zum Beirat der Mädchenfortbildungsschule ablehnten, werden für erstere Frau Dohrenk und für letztere Frau Schoppmann gewählt. Ein Lehrer von der Knabenschule wünscht Verlegung zur Mädchenfortbildungsschule. Die Verlegung wird unter gewissen Voraussetzungen genehmigt. Dem Leiter des Handfertigkeitsunterrichts wird eine jährliche Beihilfe zu den Kosten für den Anschluß an die Landesgruppe bewilligt. Ueber die im 6. Nachtrag der Ortschulordnung enthaltenen Bestimmungen für die Elternratswahlen und deren Auslegung entwickelt sich eine längere Aussprache, die zu dem Beschluß führt, daß die Elternräte an den hiesigen Schulen vorläufig weiter amtiert sollen und daß sich der städtische Schulbeirat mit der Venderung des betreffenden Nachtrages zu befassen habe. Dem Schulbeirat und den Stadtverordneten soll der Vorschlag unterbreitet werden, für die am 1. Oktober 1922 vereinigten Fortbildungsschulen einen Schulleiter und dessen Stellvertreter in hauptamtlicher Lehrertätigkeit zu bestellen. Eine Venderung der monarchistischen Namen Karola- und Albertschule wird angeregt. Hierzu wird erklärt, daß die Namen nicht offiziell verlesen wurden, sondern ihre Bezeichnung von den anliegenden Plätzen oder Straßen führen. Die Venderung dürfte bei Umbenennung der Straßen erwogen werden. Mit dem Hinweis auf eine Bekanntmachung des Ministeriums wurde das Tragen der politischen Abzeichen von Schülern kritisiert. Die Kritik fand aber durch Aufklärung befriedigende Lösung.

Tarifregelung. Vom Deutschnationalen Handlungsabteilungsverband wird uns mitgeteilt: In der gestrigen nachmittäglichen Arbeiterversammlung für Mies und Umgegend stattgefundenen Tarifverhandlung wurde vereinbart, daß auf die Tarifgehälter vom Monat Mai für Monat Juni 20% Aufschlag zu zahlen sind. Die Marktbeträge sind auf volle zehn Mark nach oben abzurunden. Auf die so errechneten Juni-Gehälter tritt für Monat Juli ein weiterer Aufschlag von 20%, mit derselben Abrundung. Verheiratete Angestellte erhalten wie bisher 10%, mehr. Die Beihilfen erhalten für die Monate Juni und Juli eine Aufwandsentschädigung von 450 Mark im ersten, 600 Mark im zweiten und 750 Mark im dritten Lebjahre pro Monat.

Ferienwanderungen. Wie der Ortsausschuß für Ferienwanderungen uns mitteilt, ist es ihm noch gelungen, auf einige Tage Unterkunft im Wanderheim Schönau bei Schandau zu finden, so daß er in der Lage ist, auch für Mädchen eine größere Reise einzurichten. Sie soll vom 14. bis 16. August dauern und die schönsten Punkte der Sächsischen Schweiz berühren. Die Kosten für Fahrt, Uebernachtung, Lebenswichtigkeiten, Versicherung usw. betragen 60 Mark; für die Verpflegung müssen die Teilnehmer selbst aufkommen, doch wird hierfür nur ein mäßiger Betrag nötig sein, da das meiste von daheim mitgenommen werden kann. Anmeldungen werden möglichst bald an den Führer Herrn Lehrer Dielemann, Bismarckstr. 8, erbeten. Auch zu dieser Reise wünschen wir den Kindern „Glückliche Fahrt!“

Verboten. Auf Grund des § 1 der Verordnung zum Schutze der Republik vom 26. Juni 1922 wird der Deutschnationale Offiziersbund mit allen Bezirks- und Ortsgruppen hiermit verboten und aufgelöst.

Löhne der Gemeindegemeinschaften für Juli. Auf Grund der Abmachung des Gemeindegemeinschaftenverbandes mit dem Arbeiterverband sächsischer Gemeinden sind die Löhne für sächsische Gemeindegemeinschaften für Juli wie folgt festgesetzt worden:

- 1) Der Handwerkerlohn in Ortsklasse A für Arbeiter über 21 Jahre wird auf 25,50 M. festgesetzt.
- 2) Hinsichtlich der Kinderzulage und der Frauenzulage bewendet es bei den bisherigen Sätzen.

	Ortsklasse A	B	C
Handwerker	über 21 J. 25,50 M.	24,50 M.	23,50 M.
Angelernte	" " 24,20 "	23,50 "	22,90 "
Ungelernte	" " 23,20 "	22,80 "	21,80 "
Facharbeiterinnen	" " 17,00 "	16,80 "	15,80 "
Arbeiterinnen	" " 15,30 "	14,70 "	14,10 "
Weinigungsfrauen	" " 14,00 "	13,50 "	12,90 "

Annahme des Justizetat. Im Haushaltsausschuß A wurde gestern vormittag der Justizetat mit den Stimmen der Linksparteien und der Demokraten angenommen. Weiter wurde der Polizeetat und das Kapitel 42, Abt. A, des Ministeriums des Innern angenommen. Vor der Abstimmung hatten die Kommunisten Vertagung der Abstimmung beantragt. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Parteitag der SPD in Chemnitz. Im Chemnitzer Volkshaus wurde am Sonnabend die Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei eröffnet, die zur Reichs- und Landeskonferenz Stellung nimmt. Bei der Eröffnung waren außer dem Ministerpräsidenten Bud und die Minister Seibt, Heßlich und Zeigler sowie die sächsischen Reichs- und Landtagsabgeordneten zugegen. Zunächst erstattete Landtagsabg. Eggert-Dresden den Bericht des Landespartei-Ausschusses, nach dem die Mitgliederzahl im vergangenen Jahre von 100 200 auf 108 800 gestiegen ist. 8910 Mitglieder sitzen in den Gemeindevertretungen. Der Rückgang gegen das Vorjahr erklärt sich durch Vorkommnisse mit anderen Linksparteien. Vom 21. bis 29. Juli soll eine Werbewoche der Partei stattfinden, da die folgende Zeit hierfür günstig erscheint. Volkswirtschaft und Landtagsabgeordnete werden ohne Zweifel glänzend ausfallen als Redner. Eine Vertagung wurde am 28. Juli

nicht stattgefunden. Von den sächsischen Parteigenossen werde sie begrüßt, die Entscheidung liege jedoch bei den Reichsleitungen. — Landtagsabg. Müller-Chemnitz erbat den Bericht der Landtagsfraktion. Der Parteivorstand schloß vor, im Antrag des Reiches Chemnitz den Satz, der jeden Gedanken an eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei unter allen Umständen ablehnt, zu streichen. Auch Ministerpräsident Bud trat für diese Streichung lebhaft ein. Bei einer eventuellen Stimmengleichheit im Landtage nach den Neuwahlen würde die Partei auf jede Vertretung in der Regierung verzichten müssen, wenn der betreffende Satz nicht gestrichen werde. Das aber liege nicht im Interesse der Arbeiterkraft. Eine Landtagsauflösung hält der Ministerpräsident für die praktische Lösung, im Falle eines Volksentscheides müsse sich die Sozialdemokratie aktiv daran beteiligen, da sie an diesem Gesetz selbst mitgearbeitet habe. — Völsch-Chemnitz und Landtagsabg. Weiske traten gegen die Streichung ein. Die Landtagsabg. wurde auf Sonntag vormittag vertagt, in der dann u. a. Reichsminister Heßlich das Wort ergriff, der zunächst an die Ausführungen des Abg. Götter über die Landespolizei anknüpfte. Auf die Reichswehr könne man sich nicht verlassen. Die Abberufung Götters müßte verlangt werden, denn sechs Stunden nach dem Raubmord lagen noch keine Anweisungen zum Schutze der Republik vor. In der Demokratisierung der Polizei müsse fortgeschritten werden. Zur Koalitionsfrage erklärte der Minister, daß die Arbeiterkraft eine Verbindung mit der Linkspartei nicht zulasse, da es zwischen ihr und den Deutschnationalen keinen Unterschied gebe; sie sei nur geschwächt; sie schreie nicht. Immer wieder bringen und wünschen um das wirtschaftliche Vertrauen im Ausland. Der Wort an Rathenau hat uns Milliarden gekostet. Die Koalitionsbestrebungen mit der DVP würden uns nur um das Vertrauen der Arbeiterkraft bringen. — In der weiteren Aussprache kam zum Ausdruck, daß der Antrag Bud, die Worte „Unter allen Umständen“ zu streichen, unannehmbar sei. Abg. Eggert erklärte im Schlußwort, daß einer Verschönerung mit der DVP nichts in den Weg gestellt werden dürfe. Auch Abg. Müller-Chemnitz erklärte, daß niemand für eine eventuelle Koalition mit der DVP sei. — In der Abstimmung wurde der Chemnitzer Antrag einstimmig angenommen. Nach dem Antrag Weiske wurde der letzte Absatz folgendermaßen gefaßt: „Der Parteitag lehnt damit logischerweise jeden Gedanken an eine Koalition mit der DVP, entzweit ab und fällt an dem Beschluß des Leipziger Parteitages fest“ (ber von der Partei bekanntlich ganz allgemein „proletarische Politik“ verlangt). Ein Dresdener Antrag auf weitere Demokratisierung der Verwaltung wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Desgleichen der Antrag Chemnitz auf Auflösung des Reichstages im Falle der Nichtannahme des republikanischen Schutzes. Aus der ersten Wahl der weiteren angenommenen Anträge werden diejenigen, die die Reichspolitik betreffen, der Reichsfraktion überwiesen. — In der Sitzung am Sonntag nachmittag berichteten Frau Juchacz-Berlin und Pinkert-Dresden über Fragen der Arbeiterwohlfahrtspflege. Wesentliche Beschlüsse wurden am Nachmittag nicht mehr gefaßt.

Landesjugendtag der sächsischen deutsch-demokratischen Jugend. Der Landesverband Sachsen der Deutschen Demokratischen Jugendvereine hielt am 8. und 9. Juli 1922 in Rabenstein seinen 1. Landesjugendtag ab. Eingeleitet wurde die Jugendtagung am 8. Juli durch einen Begrüßungsabend. Alfred Forbringer begrüßte die aus allen Teilen Sachsens zusammengekommenen zahlreichen Freunde, die Vertreter der Landtagsfraktion, die Ehrenräte, sowie die Pressevertreter. Er hob hervor, daß alle Ziele, die sich eine politische Jugendbewegung setzt, nur erreicht werden können, wenn diese Jugend erfüllt ist von einem starken politischen Willen. Es gelte, die Jugend zu begeistern für den neuen Staat und die politische Jugendbewegung, die eine Erneuerung des Geistes der Nation von der Jugend der erkrankten wolle. Ministerialdirektor Abg. Dr. Dehne hielt sodann eine tiefempfundene Gedächtnisrede für Walter Rathenau. Er schilderte Rathenau als wahren Deutschen, der der demokratischen Jugend für alle Zeiten ein leuchtendes Vorbild sein werde. Im Mittelpunkt des Abends stand ein Vortrag des Abg. Ruffke, Berlin, über „Die deutsche Republik, eine nationale Notwendigkeit“. In einhelliger Rede wies er nach, daß die deutsche Republik die einzig mögliche Staatsform sei und daß die demokratische Jugend mit allem Ernst sich einsetzen müsse für dieselbe. Mit einem begeisterten Hoch auf die deutsche Republik schloß er seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Worte. Künstlerische Vorträge, Violin- und Rezitationen und Gesänge gaben dem Abend seine Weiche als Jugendtagung und Trauerfeier für Rathenau.

Beamtenverbände und Feuerung. Die Spitzengewerkschaften der Beamten, Arbeiter und Angestellten waren angezogen der überhöht steigenden Feuerung an die Reichsregierung herangetreten, um neue Feuerungsverhandlungen einzuleiten. Das Reichsfinanzministerium hat ein Verhandeln aus außenpolitischen Gründen und weil augenblicklich eine Notlage der Beamten nicht vorliege, abgelehnt. Der Gesamtverband der Beamten- und Angestelltenvereinigungen mißbilligt, wie die T. U. erfährt, in einer Eingabe an die Reichsregierung diese ablehnende Haltung des Reichsfinanzministeriums, da sie geeignet ist, die wirtschaftliche Lage der von ihm vertretenen Volksschichten noch ungünstiger als bisher zu gestalten. Die schwierige außenpolitische Lage verkennt der Gesamtverband keineswegs, er lehnt es aber ab, daß ausgerechnet wieder die Beamten und Arbeiter die Folgen zu tragen sollen. Der Verband ersucht, den Standpunkt des Reichsfinanzministeriums zu revidieren und sofort neue Verhandlungen einzuleiten.

Meinen. Die Leiche des am 6. Juli beim Baden in der Elbe ertrunkenen Lehrers L. wurde am 9. Juli in der Nähe des Silberbruchs aufgefunden und polizeilich aufgehoben.

Bauern. Von einer freien Bäuerin wurde die Gutmütigkeit einer Familie in Göda ausgenutzt. Die Tochter des Hauses hatte sich eine Sommerfrischlerin aus Berlin mitgebracht. Nachdem die Bäuerin einige Tage sich aufgehalten hatte, war sie unter Mithnahme von etwa 1800 M. und einem neuen Damenbunde verschwunden. Als Andenken hat sie ihr schöngeputztes Gemälde zurückgelassen.

Böbau. Volkshändiger Vermittlerfreier soll in den Volksschulen der Stadt Böbau eingeführt werden. Bisher wurden nur die gedruckten Bücher und Beigabenentfalten unentgeltlich an die Schulkinder abgegeben, und zwar seit Ostern 1921.

Wiedkau. In der Totenhalle des Hauptfriedhofes fand eine eindrucksvolle Trauerfeier für die beiden Opfer der letzten Unruhen statt. Außer den Angehörigen nahmen auch Oberbürgermeister Holz, Stadtrat Wölau, sowie Kreis- und Landtagsabgeordnete teil. Warrer-Friedrich fand in seiner Grabrede eindrucksvolle Worte. Auch Oberbürgermeister Holz und Stadtverordneten-Vorsteher Müller, dieser im Namen der Zweikamer-organisierten Arbeiter- und Beamtenschaft, sprachen Worte herzlich Teilnahme. — Bei den Unruhen sollte die Menge bekanntlich dadurch propägediert worden sein, daß aus der Wohnung des Stadtschulrates Dr. Keller herausgeschossen worden sei. Der in der Folge von Demonstranten mißhandelte und schwerverletzte Dr. Keller erklärt jetzt eine eidesstattliche Versicherung, daß er nicht aus seiner Wohnung herausgeschossen und überhaupt keine zum Schießen geeignete Waffe im Besitz habe, was auch die medizinalische Durchsuchung seiner Wohnung durch Arbeitervertreter bewiesen habe.

Lederan. Der Stadtrat hat beschlossen, die Aufhebung des Rates beim Ministerium zu beantragen, nachdem

das Stadtverordnetenkollegium seine Auflösung ebenfalls beschlossen hat.

Genesendort bei Schöps. Sonnabend früh brach in dem Sägewerk von J. G. Zellner ein Schabener aus, dessen Ursache noch nicht festgestellt werden konnte. Morgens um 5 Uhr war der Betrieb noch in regelmäßiger Weise abgelaufen, ohne daß etwas zu bemerken war. Insgesamt acht Wehren gingen dem Feuer kräftig zu Leibe, und es gelang, das Wohnhaus und die Schleiße zu retten, während das Sägewerk niederbrannte. Sämtliche Maschinen des Sägewerks sind durch das Feuer vernichtet worden. Der Schaden ist bedeutend.

Abortl. U. Die Treibhauswitterung der letzten Tage ließ den Witterungsbericht der oberösterreichischen Wälder wie kaum je zuvor in die Erscheinung treten. Erfahrene Wäldersammler brachten innerhalb weniger Stunden 30 bis 40 Pfund kerngesunde Steinpilze aufammen, darunter Exemplare von zwei bis drei Pfund Schwere, und erzielten für das Pfund 15 Mark. In den Lebensmittelgeschäften wird ein Preis von 20 Mark gefordert und bezahlt.

Senftenberg. Nach Meldungen, die bei der Leitung der Berliner Feuerwehr eingetroffen sind, ist der zur Bekämpfung des Brandes auf der Grube Marie III bei Senftenberg entsandte Berliner Löschzug, bestehend aus Motorpumpen und Schlauchwagen, seit Sonnabend mittag 1 Uhr an der Brandstelle tätig. Das Feuer, das vor einigen Tagen auf dem Tagebau der Grube Marie III der Anhaltischen Kohlenwerke zum Ausbruch gekommen ist, hat dadurch eine außerordentlich große Ausdehnung erfahren, daß ein einziehender Wirbelsturm die glimmenden Teile des Entzündungsberbes angefaßt und auf andere Gruben übertragen hat. Kurz vor Eintreffen der Berliner Wehr, die Berlin in den ersten Morgenstunden des Sonnabends verlassen hatte, wurde der bis dahin an der Brandstelle arbeitende Dresdener Löschzug zurückbeordert. Die Löscharbeiten gestalten sich äußerst schwierig, da die Wasserentnahmestellen zum Teil mehrere hundert Meter von den brennenden Gruben entfernt sind.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 11. Juli 1922.

Noch kein bestimmter Plan.

Paris. Ueber die Unterredungen, die die deutschen Staatssekretäre Fischer und Schröder mit den Delegierten der Reparationskommission hatten, schreibt der „Petit Parisien“ es scheint, daß sie keinen im voraus festgelegten Plan überbracht hätten. Sie schienen sich bis jetzt damit begnügt zu haben, die Hindernisse zu erläutern, die der Markkurs den Reparationszahlungen bereite. Es sei wünschlich, daß sie sich damit begnügen würden, offiziell diese Schwierigkeiten aufzuzeigen, indem sie die Reparationskommission überließen, Hilfsmittel zu finden. Wahrscheinlicher jedoch sei es, daß sie selbst eine Moratoriumsformel vorschlagen würden, sei es, daß sie verlangten, von jeder Gelddarstellung in den Jahren 1923 und 1924 befreit zu werden, sei es, daß sie, wie man schon gesagt habe, so weit gingen, die sofortige Aufhebung der Gelddarstellungen zu verlangen, nach oder selbst vor dem Verfalltag vom 15. Juli. Die Mitglieder der Reparationskommission schienen in diesen beiden Fragen keine festgelegte Ansicht zu haben, denn in erster Linie glaubten sie, daß Deutschland den Verfalltag vom 15. Juli erleiden müsse, denn theoretisch werde die Ziffer von 50 Millionen Goldmark herabgesetzt auf 38 Millionen, im Hinblick auf die Versicherungen, die Deutschland den Vereinigten Staaten geleistet habe. In zweiter Linie seien die Mitglieder der Reparationskommission der Ansicht, daß, bevor sie eine Entscheidung über ein Moratorium trafen, es notwendig sei, den Bericht des Garantieausschusses über die Organisation der Budgetkontrolle in Deutschland abzuwarten. Es wäre tatsächlich vergeblich, Deutschland zu hüben, bevor man nicht sicher sei, daß es die Kontrolle annehme und seiner Verpflichtung nachzukommen ein Ende bereite. Der Bericht des Garantieausschusses werde übrigens Ende dieser Woche erwartet. Der „Petit Parisien“ spricht den Befanden aus, daß vielleicht ein Moratorium gar nicht mehr genügen würde und fügt hinzu, um einen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern, dessen Nachwirkung sich notwendigerweise auch bei dem französischen Defizit zeigen müßte, werde eine äußere Anleihe notwendig sein. Die Bedingungen, die vor einem Monat durch den Bankierenschuß festgesetzt wurden, seien von der französischen Regierung als unannehmbar befunden worden. Andererseits habe er Poincaré selbst mehrmals erklärt, daß nach seiner Ansicht eine deutsche Anleihe früher oder später notwendig sein werde, und daß er sich vorbehalte, darauf zurückzukommen, wenn ihm der Augenblick gekommen wäre.

Das Unterhaus zur Markwertung.

London. Im Unterhaus kam am Montag das Sinken der Mark und die Schwankungen der kontinentalen Wäluen zur Sprache. Am Montag ging die Mark wieder auf 2450 Mark pro Pfund herunter und blieb dann unverändert stehen. Der französische Franken fiel auf 57,80, doch hegt man in einigen Kreisen die Hoffnung, daß aus dem jetzt stattfindenden politischen Gespräch etwas herauszufragen wird. Auf die Frage, ob die Regierung nicht einen Plan vorlegen könne, um die Reparationsangelegenheit zu regeln, erwiderte Lord George, daß weder auf ihm noch auf der englischen Regierung die Verantwortung laufe. Die Verantwortung liege vielmehr bei den verschiedenen Nationen, deren Interessen in Einklang hätten gebracht werden müssen. Der Premierminister betonte, die größte Schwierigkeit sei die Reparationsfrage. Er erklärte dann weiter, daß angesichts der englischen Finanzlage die Regierung nicht in der Lage sei, irgendwelche Mittelungen über den Tunnelbau durch den Kanal zu machen.

Kunst und Wissenschaft.

Professor Keller gestorben. Der bekannte Historiker Professor Ferdinand Keller ist im 80. Lebensjahr gestorben. Keller stammt aus Karlsruhe, wo er am 8. 8. 1842 geboren wurde.

Bermischtes.

Todesurteil für eine Gattenmörderin. Das Schwurgericht Greifswald verurteilte die 48jährige hiesige Gattin Henriette Dienhold geborene Buchholz wegen Gattenmordes zum Tode, sowie wegen Anstiftung dazu zu zwei Jahren Gefängnis. Während der mitangeklagte 24jährige Sohn Otto zu zwölf Jahren Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt wurde. Auch der mitangeklagte 24jährige Arbeiter Hermann Reußel wurde ebenfalls zum Tode verurteilt.

Neubestellungen ab 15. Juli

zum Bezuge des täglich erscheinenden „Mieser Tageblattes“ werden jederzeit von allen Lesungsträgern und von der Geschäftsstelle, Goethestr. 59, entgegengenommen. Bezugspreis für Juli: 32 Mark ohne Bringerlohn.

Die goldene Brücke.

Ein Roman aus der Weimarerzeit von **Kunigunde Wogge**.
Amerikanisches Copyright 1918 by Kunigunde Wogge, Leipzig.

36. Fortsetzung. Nachdruck verboten.
Sollte er sein Schritt. Heute trug Eberhard bürgerliche Kleidung. Der dunkelgrüne Tuchrock über dem grauen Reifrock und der weidene Hülschenhut standen ihm gut. Das breite, schwarzseidene Halstuch, das um den Hals geschlungen, gab ihm etwas Würdevolles.
Unruhig sah er sich um. Der Weg vor dem Tor des Schlossgartens war menschenleer. Da endlich sah er eine Dreifache sich langsam heranzubewegen. Der Herrgott! Gout gab sich Mühe, das Ungeheuer von Gefährt, das bedenklich hin und her schwankte, behutsam näher zu bringen. Eberhard trat hinter das eiserne Gitter des Tores, denn die Waage, die draußen auf und ab schwang, brauchte seine erste Begegnung mit Dortchen nicht mit anzusehen.
Jetzt hielt die Dreifache. Dortchen sprang leichtfüßig auf den Boden, sah sich suchend um und schritt dann in den Schlossgarten hinein.
Eberhard sah ihr, durch Gebüsch verborgen, hochklopfenden Herzen nach. Sie und hal sah sie aus in dem karmelblauen Kleide und dem weißen Spitzenhut um die Schultern. Von dem dreiträndigen, weißen Gürtel hingen blaue Glöckchen in das zarte Gesichtchen. Langsam wurde Dortchens Schritt, fast schien es, als wolle sie umkehren, da trat ihr Eberhard entgegen.

„Stehende Röde flog über ihre Wangen, als sie Eberhard beide Hände reichte. Er zog Dortchen in einen Seitenweg und legte ihren Arm in den seinen.
„Gott sei Dank, mein Geliebter, daß du endlich da bist,“ rammelte er. „Ich war schon ganz verzweifelt in dem Gedanken, du könntest nicht kommen.“
Er weidete sich an ihrem reizvollen Gesichtchen, an den großen, sprechenden Augen, an der zarten, knospenden Gestalt.
So hatte er sich Dortchen immer in seinen Träumen ausgemalt.
Rein, noch schöner war sie geworden, aber alle Begriffe schön und reizvoll, daß es ihm war, als dürfe er kaum diese zarte, seine Mädchenhand berühren, die vertrauensvoll auf seinem Arme ruhte.
„Es war schwer, von Hause fortzukommen,“ entschuldigend sah Dortchen. „Du glaubst garricht, wie sie mich bewachen. Keinen Schritt darf ich ohne Aufsicht aus dem Hause. Ich hatte mit Niemand verabschiedet, sie wolle darauf bestehen, daß ich mit ihr auf den Markt müßte, weil es zu viel der Besorgungen gab, glücklicherweise erschienen Lorch und Dortchen mich abzuholen, um noch einmal das Brautkleid und die Kleider für die Brautjungfern zu probieren und Mama, die vom Vater strenge Bettwara hat, mich nicht aus den Augen zu lassen, mußte schließlich die Erlaubnis geben. Lorch hat gleich, daß ich bei ihnen zu Mittag essen sollte, weil der Weg doch zu weit ist und Mama konnte auch dagegen nichts einwenden. Wie gut, daß der Vater nicht dahinter war.“
„Und Lorch und Dortchen?“ fragte Eberhard unruhig.

„mann und über sein ernstes Gesicht hat ein heimliches Lächeln.
„Sie reichten mir am Potsdamer Tor die Hand und sagten, ich möchte dich grüßen, du liebes Mädchen. Das will ich ihnen nicht verzeihen.“
„Immer tiefer waren sie in die blühende Wildnis des Schlossgartens hineingewandert.
Auf verborgenen Pfaden, von wechsellüchtenden Rasenflächen überzogen, hatten sie sich auf und ab getauscht, beide seitwärts in den jungen Eichen. Aber nur zu bald war die Gegenwart ihre dunklen Schatten.
„Ich habe mit deinem Bruder Andreas gesprochen, Dortchen,“ begann Eberhard. „Er billigt durchaus meinen Plan.“
Dortchen schmeigte sich enger an ihn.
„Ich fürchte mich, Eberhard. Ich bin eben gar keine Kampfnatur. Vater wird mich schließlich verstoßen. Wie, wie wird er mir vergeben?“
Eberhards Augen wurden hart und starrer.
„Doch er dir je Liebe erwiesen. Dir oder deinem Bruder? Käst er nicht einfach Andreas zu Grunde gehen, ehe er den Zwang aufhebt, den er über ihn verhängt hat? Ich habe mich übrigens erboten, Andreas jede beliebige Beihilfe zu gewähren, wenn er sich gegen den Willen meines Vaters in Berlin als Arzt niederlassen will, doch Andreas hat es abgelehnt mit dem Einverständnis, daß Lorchens Vater ihm das gleiche Anerbieten machte.“
„Wie gut du bist, Eberhard,“ schmachtete Dortchen, sich innig an ihn schmiegend.“
(Fortsetzung folgt.)



Weiche mit Henko

„Henko“ Selters-Wasch- und Bleich-Soda, zum Einweichen der Wäsche und für den Hausputz.

Henko

die Wäsche ein!

Rotkreuz-Opfertag.

Mit Genehmigung des Ministeriums des Innern veranstaltet das Sächsische Kreuz zur Beschaffung von Mitteln für die Durchführung seiner seit Friedensschluß übernommenen Aufgaben in der Zeit vom 8.-16. Juli 1922 in ganz Sachsen

Rotkreuz-Opfertage.

Auch in Riesa soll **Mittwoch, am 12. Juli 1922** ein solcher Opfertag veranstaltet werden, und zwar im Hinblick auf den Ernst der Zeit lediglich in Gestalt einer

Haus- und Büchsenammlung

ohne jegliche feierlichen Veranstaltungen.

Die neuen Aufgaben des Sächsischen Roten Kreuzes erstrecken sich insbesondere auf die Krüppelhilfe, Bekämpfung der Tuberkulose, Giffelentziehung bei anerkennenswerten Unglücksfällen und allgemeinen Notständen, Ausbildung von Krankenpflegepersonal, Beschaffung von Geräten und Mitteln zur Rettung und Krankenpflege, Ausübung des freiwilligen Rettungsdienstes, Krankenbeförderung und Flüchtlingsfürsorge.

In Riesa sollen die Ergebnisse des Rotkreuz-Opfertages, soweit sie für örtliche Zwecke Verwendung finden dürfen, reiflos zur Stärkung des vom Albertzweigeverein bereits früher gestifteten

Krankenhaus-Freibetten-Fonds für bedürftige Riesaer Einwohner der mit der steigenden Not der Bevölkerung dringend weiterer Mittel bedarf, Verwendung finden.

Im Vertrauen auf deren jederzeit bewährten Opfer Sinn richten wir deshalb an unsere Einwohnerlichkeit die herzliche Bitte, für die obigen Zwecke den freiwilligen, mit Sammelbüchern und Listen ausgerüsteten Sammlern, ein jeder nach seinen Kräften, einen Beitrag einzuhandigen.

Auch die kleinste Gabe ist willkommen und wird mit wärmstem Dank entgegengenommen.

Riesa, den 7. Juli 1922.
Der Zweigverein Riesa vom Roten Kreuz.
Der Albertzweigeverein Riesa.
Die Sanitätskolonne vom Roten Kreuz Riesa.

Bereinsnachrichten

Orpheus. Mittwoch, 12. 7., von 8 Uhr abends ab Familienabend im Stadtpark. — Instrumental- und Gesangsconcert. — Durch Mitglieder eingeführte Gäste sind willkommen.

Gewerbeverein. Donnerstag, 13. d. M., abds. 8 Uhr Generalverl. im Wett. Hof. Tagesordn.: Jahresbericht, Kassenbericht, Bericht der Rev., Bericht über neue Zusammensetzung des Vorst., Antrag des Gesamtvorst.: Erhöhung der Vereinssteuern, Verschiedenes. — Sonntag, 16. 7., Ausflug des Vereins nach Ründrich. Abmarsch 2 Uhr vom Stadtpark über Dampfschiff. Dasselbst für die Jugend ein Festmahl, für Ältere Leberasch im Garten. Die Mitglieder nebst Angehörigen werden um zahlreichen Besuch gebeten.

Deutscher Beamtenbund. Deistl. Riesa. 15. und 16. Juli Gewerkschaftsfest. Näb. f. Ründrich. Nr. 9. Festkarten sind von den Vertrauensmännern vor dem Feste zu entnehmen.

Frauenverein. Donnerstag, 13. Juli, Café Möbius nachm. 3 Uhr, anschließ. Hausfrauen-Abteilung. Um zahlreiche Beteiligung wird herzlich gebeten.

Mieterverein Riesa. Mittwoch, 12. Juli, abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Vortrag Reichsmietengesetz. Darnach Mitgliederversammlung. Tagesordnung siehe Ausschüsse.

Landwirtschaftlich. Verein Riesa.

Versammlung
Donnerstag, 13. d. M., abds. 6 Uhr in d. Elbterrasse. 1. Verschiedenes. 2. Vortrag des Herrn Dr. Eschmarck, wissenschaftl. Mitarbeiter der Hauptstelle für Pflanzenzüchtung, Dresden, über Kartoffel-u. Rübenkrankheiten und deren Bekämpfung. 3. Aussprache. Um zahlreichen Besuch, auch der Damen, bittet der Vorstand.

Im Konkurs zum Vermögen des Beamten- u. Wohnungs-Vereins, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Gröbba, soll die **Schuldverteilung** stattfinden. Verfügbar sind 3179,90 M. nebst Zinsen der Hinterlegungsstelle. Zu berücksichtigen sind 7161,21 M. Forderungen ohne Vorrecht.
Riesa, den 10. Juli 1922.
Rechtsanwalt Fischer, Konkursverwalter.

Café Promenade.

Morgen Mittwoch abend 7,8 Uhr
Orig. russ. Balalaika-Konzert
ausgeführt von Mitgliedern des ersten Dresdener Balalaika-Orchesters.
Um regen Besuch bittet S. Jachaus.

Waldschlösschen Röderau.

Morgen Mittwoch, 12. Juli
großes Garten-Konzert
unter Leit. des Herrn Obermusikmtr. a. D. Dimmler.
— Anfang 7,8 Uhr. —
Nach dem Konzert seiner Ball.
Hierzu ladet freundlichst ein Alfred Thieme.

„Alte Post“ Stauchitz.

Donnerstag, den 13. Juli
großes Extrakonzert mit anschließendem Ball
von der Stadtkapelle Oschag. Musikmeister Beyer.
Anfang 7 Uhr.
Es ladet ergebenst ein Alfred Thieme.

Brikett-Ausgabe

— Riesa Stadt und Land —
Donnerstag, den 13. d. M., 7-11 Uhr vormittags.
C. F. Förster.

H. Richters' allertwärts sehr beliebter

Tanz- und Anstands-Lehrkursus

mit Erlernung seiner gesellschaftlicher Umgangsform beginnt **Mittwoch, 2. August, im Hotel Wettiner Hof.** Damen 7 Uhr, Herren 7,9 Uhr abends. Vorherige Anmeldung in meiner Wohnung, Albertplatz 6, erbeten. Prospekte daselbst.
Hob. Richter, Feik Mübe
Lehrer der höheren Tanzkunst.

Sauberes 12-14 jähr. **Schulmädchen** für einige Stunden nachm. gesucht Mathildenstr. 9, 1.

Ein besseres **Lehrmädchen** der sofort gesucht.
Riesaer Korsettfabrik G. Mühlle & Co., Goethestraße 54. Annahme 1. Etage.

Welcher höhere Schüler erteilt Tertiarer Nachhilfe in **Französisch** während der Ferien? Offerten unter I 8 9136 an das Tageblatt Riesa.

Leichte und schwere Pferde, darunter einige Zuchtstuten, sind wied. eingetr. Albert Wehlhorn, Pferdehandlung, Gröbba. Telefon 685.

Gasglühlampen verändh. an verl. Goethestr. 23, 1.

Rollwand (Bindschuh auf Balken) Taschenuhr, Gespöttchen u. Schulstr. 19, 1.

Stroh verkauft Langenberg 34, 515.

Obst-Verpachtung. Der D. M. anhang der Gemühle Gröbba ist verpachtung. Schriftl. Gebote erb. Oscar Utke, Riesa, Hauptstr. 35, 2.

ff. neue faure Gurten

kleines Haus mit großem Garten, ausgebautes Gut mit einigen Scheffel Feld oder mittlere, stillgelegte Gärtnerei in Riesa, Neuweida, Langenberg, Glaubitz od. Weißig bei Großenhain

Suche sofort kleinerer Kauf nicht ausgeschlossen. Werte Offert. bis 20. 7. unt. H 8 9138 an das Tageblatt Riesa.

Original-Oldenburger Beyer-marsch-Zuchtvieh. Freitag, 14. Juli, stelle ich eine Auswahl von 25 Stück bester Rasse u. Halben, hochtragend und mit Rälbern, sowie prima Zuchtstuten bei mir zu sehr billigen Preisen zum Verkauf.

Ein guter Wack- und Zuchhund, sowie eine junge **Welfe** steht zu verkaufen Mühlstr., Glaubitz Straße 11. Konzertsänger, Federbett, weiße D. Galbis, Gr. 40 preiswert zu verkaufen. Su. erl. im Tagebl. Riesa.

H. Gruhle Bismarckstr. 35a Telefon 652.

Morgen frische Seefische. Clemens Bürger.

ff. Seefisch frisch auf Eis.

ff. neue faure Gurten auch für Wiederverkäufer. Ernst Schäfer Nachf.

Ordnungs Riesa. Donnerstag, den 13. 7. 22, abends 8 Uhr Elbterrasse

Monatsversammlung. Zahlreiches Erscheinen erforderlich. D. B.

Bäcker-Jnnung. Donnerstag, 13. Juli, nachm. 4 Uhr findet im **Kochhof** öffentl. **Geschäftstag** statt. Um vollständiges Erscheinen wird gebeten. Nährborn, Obermtr.

Die heutige Nr. umfasst 4 Seiten.

Möbl. Zimmer

in Riesa von best. Herrn sofort gesucht. Mietpreis wird in jeder geforderten Höhe gezahlt. A. Vorderberg, Popziger Straße 49.

Juniar Lehrer sucht sof. oder Mitte August **möbl. Zimmer.** Angebote unter F 8 9131 an das Tageblatt Riesa.

Wohnungstausch. Suche meine Wohnung in Riesa gegen größere zu tauschen. Off. u. GS 9132 an das Tageblatt Riesa.

Fräulein, 33 J., wirtsch. u. gut erz., w. d. Bekanntheit eines besseren solib. Herrn w. baldiger Ehe. Witwer mit Kind nicht ausgeschl. Ausst. vorhand. Offert., mögl. m. Bild, u. JS 9134 an Tagebl. Riesa.

Junges, ehrl., sauberes **Hausmädchen** für sof., spätestens 1. Aug. gef. Sohrs. Albertstr. 11.

Durchaus zuverl. älteres **Hausmädchen** welches Kochkenntn. hat. Anfang August gesucht Wettinerstraße 33, 2.

Füchtiges Alleinmädchen möglichst mit etwas Kochkenntnissen, wegen Verheiratung des jetz. Mädch. für best. Haushalt f. bald gesucht. Zeitgemäß. Gehalt n. Uebereinkunft. Angeb. mit Angabe bill. Stellungen erb. an Frau Hanns Beyer, Grimmitzstr., Gröbba 32.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung so zahlreich erwiesenen Aufmerksamkeit **danken herzlichst.**
Reithain, im Juli 1922.
Heinrich Groh und Frau Hilma geb. Stephan.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung in so reichem Maße erwiesenen Aufmerksamkeit **danken herzlichst.**
Riesa, Juli 1922.
Hans Distler und Frau Johanna geb. Reichelt.

Hierdurch zeigen wir hoch erfreut die Geburt eines kräftigen **— Stammhalters —**
an. Kurt Rehwinkel und Frau Maribel geb. Richter.
Leipzig-Gohlis, Staßbaumstraße 10 u. St. Privatklinik Dr. Littauer, Jakobstraße.

Friedel Sickert
Richard Nünchert
grüßen als Verlobte
Neuweida / Juli 1922 / Jahnschhausen
Gleichzeitig danken herzlichst für die uns bereits zugehenden Glückwünsche und Geschenke.